

Herr Udo Schäfer erläutert den Antrag der proNRW-Fraktion. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Stadt Radevormwald soll darauf hingewirkt werden, dass Asylbetrug mithilfe von Steuergeldern unterbunden wird.

Herr Ullmann weist darauf hin, dass die reale Zahl der Asylbewerber in Radevormwald deutlich geringer ist, als in der Presse betitelt. Zudem ist der Antrag rechtlich nicht wirksam, da die Stadt durch Zuweisung vom Land zur Aufnahme von Asylbewerbern gesetzlich verpflichtet ist. Die proNRW-Fraktion bringt hierdurch eine rassistische und faschistische Grundhaltung zum Ausdruck. Er erinnert auch an den Antrag der UWG-Fraktion im Hauptausschuss, der eine Art „Zwangsarbeit“ der Asylbewerber forderte; hierdurch wird eine ausländerfeindliche Atmosphäre geschaffen.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus bestätigt der Bürgermeister die Nichtumsetzbarkeit des Antrags in die Praxis.

Es folgt nun die Abstimmung.